

A12 Wir sind APO, nicht apolitisch!

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 30.10.2024
Tagesordnungspunkt: 3. Leitantrag

Antragstext

1 Bündnis 90/ Die Grünen sind aus dem Landtag geflogen, die AfD landet bei über
2 30%, die Grüne Jugend verliert einen Haufen Mitglieder und wir, in Thüringen,
3 verlieren zusätzlich den Großteil unserer finanziellen Mittel. Selten gab es
4 schwierigere Zeiten für uns.

5 Die Bundesregierung rückt migrationspolitisch weiter nach rechts und übernimmt
6 rassistische Framings. Arbeitspflicht und Bezahlkarte sind kein Tabu, sondern
7 mehrheitsfähig geworden – gleichzeitig sind diese Maßnahmen keineswegs eine neue
8 Idee von AfD und CDU sind, sondern seit Jahrzehnten gesetzlich legale
9 Möglichkeiten, die auf systematischem Rassismus beruhen. Das Versprechen der
10 Klimagerechtigkeit rückt in weite Ferne: Statt Wohlhabende endlich höher zu
11 besteuern und Lohnarbeiter*innen zu entlasten, wird versucht die
12 Kindergrundsicherung und das Bürgergeld als Erfolg zu verkaufen. Die
13 Schuldenbremse trifft uns als junge Generation besonders hart - Einsparungen in
14 der Jugendarbeit, ein riesiger Investitionsstau in Bildung, Integration,
15 Gesundheitssystem und eigentlich überall sind ihre Folgen.

16
17 Thüringen steht aktuell vor einer neuen Landesregierung aus CDU, BSW und SPD –
18 einer sogenannten Brombeer-Koalition. Damit werden zum einen wichtige umwelt-
19 und klimapolitische Maßnahmen der letzten RRG-Regierung gefährdet – sei es der
20 Ausbau der erneuerbaren oder Fortschritte im ÖPNV. Zum anderen ist das aktuelle
21 Sondierungspapier voll mit diskriminierenden Maßnahmen, während man vergeblich
22 nach echten Lösungen auf Klima-, Bildungs- oder Demokratiekrise sucht. Dem
23 Klimaschutz wird ein (!) Satz gewidmet, die Lösungen für
24 Bildungsungerechtigkeiten sollen ein Weiter-So in der Gestaltung des
25 Schulsystems und umfassendere Handyverbote sein.

26
27 Trotzdem flacht auch die Klimakrise nicht einfach ab und muss wieder in den
28 Mittelpunkt der politischen Debatte gebracht werden. Thüringen ist das
29 Bundesland, welches in Deutschland am stärksten vom Klimawandel betroffen sein
30 wird und gleichzeitig wirtschaftlich sehr stark profitieren könnte. Gleichzeitig
31 wird der Klimawandel wahrscheinlich keine Rolle in der neuen Koalition spielen
32 und es wird weiter Politik vorbei an der Realität gemacht, während Extremwetter
33 Existenzen und Menschenleben kosten. Als Beispiel: In Teilen Deutschlands ist
34 bereits die Trinkwasserversorgung gefährdet. Thüringen steht dank einer guten
35 Fernwasserversorgung noch gut da. Doch auch hier braucht es Investitionen in
36 Staudämme und Fernwasserleitungen, die durch eine Schuldenbremse verhindert
37 werden.

38
39 Die Schuldenbremse gefährdet Leben!

40
41 Solidarität mit allen Arbeiter*innen und Antifas!

42
43 Die Abschaffung der Schuldenbremse wird es mit einer CDU-angeführten

44 Landesregierung nicht geben, genauso wie konsequente durchfinanzierte
45 antifaschistische Demokratiebildung- und Arbeit. Wir als GRÜNE JUGEND THÜRINGEN
46 sind solidarisch mit allen Antifaschist*innen. Zudem verurteilen wir die
47 staatlichen Repressionen unter denen Menschen, die sich für unsere Demokratie
48 einsetzen, immer wieder leiden. Vor allem, da sie auf Grundlage der widerlegten
49 Hufeisen-Theorie gerechtfertigt werden. Wir unterstützen antifaschistische
50 Organisierung & Demonstrationen in Stadt und Dorf, und wollen uns in den
51 nächsten Jahren intensiv der antifaschistischen Bündnisarbeit widmen.

52
53 Wer die tiefgreifenden gesellschaftlichen Probleme in Thüringen begreifen und
54 lösen will, muss anerkennen, dass der Unterschied zwischen Ost- und
55 Westdeutschland noch gravierend ist. Während Menschen im Westen durchschnittlich
56 4.578 Euro verdienen, liegt das Monatsgehalt ihrer Kolleg*innen im Osten bei nur
57 3.754 Euro. Ostdeutsche Beschäftigte streiken seltener als ihre westdeutschen
58 Kolleg*innen, was auch auf die geringere Tarifbindung zurückzuführen ist. In
59 Thüringen arbeiten nur 44 % der Beschäftigten in tarifgebundenen Verhältnissen –
60 das ist der niedrigste Wert deutschlandweit. Auch das Vermögen ist nach wie vor
61 ungleich verteilt und sorgt für massive Ungerechtigkeiten. In Thüringen leben
62 mehr als 20% der Kinder und Jugendlichen in Armut. Jetzt gilt es: Alle in die
63 Gewerkschaften! Wir stehen solidarisch an der Seite aller streikenden
64 Arbeitnehmer*innen und streiten weiter für echte Umverteilung von oben nach
65 unten und dafür, dass kein Kind mehr in Armut aufwachsen muss.

66 Und was nun?

67
68
69 Aus Perspektive der Grünen Jugend sind zwei Dinge zentral: Erstens gilt es,
70 weiter Druck auf Landespolitik zu machen, für unsere Forderungen und systemische
71 Antworten auf Klima-, Bildungs- und Demokratiekrise einzustehen. Zweitens ist
72 uns klar, dass tiefgehende gesellschaftliche Transformation niemals vom
73 Parlament ausgeht, sondern von den Menschen. Parlamentarische Arbeit ist nur ein
74 Mittel auf dem Weg zu einer gerechten Gesellschaft. Deshalb gilt es in den
75 nächsten Jahren umso mehr, außerparlamentarisch für die Rechte marginalisierter
76 Gruppen in unserer Gesellschaft einzutreten – unabhängig davon, ob diese
77 Menschen durch Rassismus, Armut, Queer- oder Frauenfeindlichkeit benachteiligt
78 sind. Uns zu organisieren und besser zu vernetzen, Schutzräume für junge
79 Menschen vor Ort zu bieten und linke Praxis auf die Straße zu tragen.

80 Wichtig ist vor allem, dass wir uns weiterhin politisch weiterbilden und unser
81 Wissen möglichst niedrigschwellig teilen. Damit ist allerdings nicht der xte
82 Workshop zu Marx' Kapitalismuskritik und auch nicht das obligatorische
83 kritische-Männlichkeits-Forum gemeint. Viel wichtiger sind Workshops, die
84 unseren Mitgliedern erklären, was Marx' Theorien praktisch bedeuten und wie wir
85 diese in die aktuelle Zeit übertragen können. Nicht jede*r Arbeiter*in muss ein
86 "Kohlekumpel" sein.

87 Wir müssen anfangen, Bildungsarbeit neu zu definieren, weil Textarbeit echt
88 nicht das einzige Tool sein kann und zu viele Leute ausschließt. Das
89 funktioniert natürlich inzwischen durch Social Media, denn dort können wir
90 (Noch-)Nicht-Mitglieder erreichen und die Gesellschaft aufklären sowie
91 sensibilisieren. Fast alle jungen Menschen nutzen mehrmals wöchentlich soziale
92 Netzwerke und die meisten verwenden diese zur Informationsbeschaffung - das
93 können und sollten wir nutzen. Für die interne Bildungsarbeit sind vielfältige

- 94 Formate wichtig. Das können Vorträge und Gruppenarbeiten sein, aber auch
95 Workshops auf zwei Stufen - grundlegend und aufbauend. Wir müssen bestehende
96 Strukturen hinterfragen und funktionierende weiter unterstützen.
- 97 In unserer Arbeit im nächsten Jahr müssen wir gemeinsam als Landesverband unsere
98 neue Position und unsere Aufgaben finden. Dabei sind wir nicht alleine,
99 schließlich haben wir viele Verbündete, wie die anderen Jugendorganisationen.
100 Auch andere Landesverbände sind starke Partner - vor allem die Ostverbände
101 natürlich. Die Grüne Jugend Brandenburg befindet sich in derselben Lage wie wir,
102 hier lassen sich sicherlich Synergien finden.
- 103 Es gilt für uns mehrere Wege zu finden, Geld einzunehmen, da einige Mittel durch
104 den Nichteinzug der Grünen in den Landtag fehlen.
- 105 Dennoch sind wir weiterhin motiviert, uns für eine gerechte, antifaschistische
106 und queerfeministische Politik einzusetzen, die Umwelt und Klima schützt. Das
107 tun wir innerhalb der Partei Bündnis90/Die Grünen, aber vor allem auf den
108 Straßen und im 1 zu 1 Gespräch. Um alle zu inkludieren, sind verschiedene
109 Formate wichtig, da gerade das direkte Gespräch für Introvertierte schwer sein
110 kann.
- 111 Innerhalb unseres Verbandes ist es wichtig, Meinungen nicht auszuschließen, mit
112 offenen Ohren aufeinander zu hören und die Positionen des Gegenübers zu achten
113 und zu respektieren.
- 114 Dieses Selbstverständnis tragen wir auch nach außen, auf die Straße und in
115 Gesprächen mit Thüringer*innen.
- 116 Also los - holen wir uns unsere Zukunft zurück!

Begründung

APO - woher kommt das überhaupt?

Der Begriff der Außerparlamentarischen Opposition (APO) kommt ursprünglich von einer studentischen Protestbewegung aus den 1960er-Jahren. Sie fühlten sich von der schwachen parlamentarischen Opposition nicht vertreten, weshalb sie die APO gründeten. Dabei ging es vor allem um die Unzufriedenheit mit der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus der Elterngeneration. Diese waren so sehr mit dem Wiederaufbau beschäftigt, dass sie dies versäumten. Ideologisch kamen die Student*innen nach Marx, da sie die marxistische Gesellschaftskritik wiederentdeckten. Daher feierten sie auch andere Freiheitskämpfer*innen, wie Rosa Luxemburg und Che Guevara. Sozialwissenschaftler*innen wie Theodor W. Adorno begeisterten mit ihrer antikapitalistischen Kritik an der Konsumgesellschaft.